

**SPECIAL REPORT · NATO / UKRAINE / TRANSATLANTISCHE SICHERHEIT**

Europa braucht Amerika: NATO, Ukraine und die Grenzen strategischer Autonomie

Autor: Benjamin Traunecker

Zusammenfassung für Entscheider

Europa kann mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit übernehmen. Es kann die Vereinigten Staaten aber nicht kurzfristig ersetzen. Der Kern des Problems ist nicht nur Geld. Es geht um nukleare Abschreckung, strategische Transportfähigkeit, Führungsstrukturen, Aufklärung, Luftverteidigung, Munitionsproduktion, globale Basen, politische Risikobereitschaft und die Fähigkeit, einen langen Krieg wirtschaftlich und industriell durchzuhalten. Ohne amerikanische Führung bleibt NATO-Verteidigung möglich, aber deutlich langsamer, teurer und politisch unsicherer.

Die Debatte über europäische strategische Autonomie wird oft so geführt, als könne Europa durch höhere Verteidigungsausgaben und politische Willensbildung innerhalb weniger Jahre eine eigenständige Großmachtrolle übernehmen. Diese Annahme ist gefährlich. NATO hat 2025 in Den Haag ein 5-Prozent-Ziel bis 2035 beschlossen: mindestens 3,5 Prozent des BIP für Kernverteidigung und bis zu 1,5 Prozent für breitere sicherheitsrelevante Investitionen wie Infrastruktur, Netzwerke, zivile Vorbereitung, Innovation und industrielle Basis. Das ist ein großer Schritt. Es ist aber kein Ersatz für die derzeitige amerikanische Rolle als nuklearer, logistischer, industrieller und operativer Hegemon der Allianz.

Für die Ukraine ist die Frage unmittelbar. Russland führt keinen Konflikt, der sich durch europäische Rhetorik beenden lässt. Moskau reagiert auf Kosten, industrielle Erschöpfung, militärische Niederlagen, politische Geschlossenheit und glaubwürdige Garantien. Wenn Washington unklar wirkt und Europa zugleich von Autonomie spricht, ohne die dazugehörigen Fähigkeiten zu besitzen, entsteht genau der strategische Zwischenraum, den Russland ausnutzt. Die praktische Folge wäre nicht europäische Souveränität, sondern geringere Abschreckung.

Für Unternehmen, Stiftungen, Medien, NGOs und Vermögensinhaber mit Europa- oder Ukraine-Bezug bedeutet dies: Sicherheitsplanung muss von einer längeren Phase transatlantischer Reibung ausgehen. Das Bündnis wird nicht verschwinden. Es wird aber stärker von amerikanischer Innenpolitik, europäischer Haushaltsfähigkeit, Munitionsproduktion, Energiepreisen, Wahlzyklen und öffentlicher Kriegserschöpfung abhängen. Der operative Schutz liegt deshalb nicht in der Annahme einer stabilen Großstrategie, sondern in klaren Auslösern: neue US-Force-Posture-Reviews, reduzierte Ukraine-Hilfe, verzögerte europäische Beschaffung, russische Eskalation gegen kritische Infrastruktur, und politische Signale, die Artikel-5-Glaubwürdigkeit in Frage stellen.

Was jetzt zählt

Die USA bleiben der zentrale Abschreckungsanker. Europas Sicherheitsarchitektur wurde seit 1945 nicht als autonomes europäisches System gebaut. Sie wurde um amerikanische Führung herum organisiert. Das betrifft nicht nur militärische Masse, sondern die Schichten, die im Krisenfall den Unterschied machen: nukleare Garantie, strategische Aufklärung, Lufttransport, Raketenabwehr, globale Kommunikation, Kommandoarchitektur, Präzisionsmunition, industrielle Tiefe und politische Bündelung. Europäische Staaten können einzelne Fähigkeiten ausbauen. Sie können aber nicht schnell einen Ersatz für das gesamte amerikanische System schaffen.

Das 5-Prozent-Ziel löst die Fähigkeitslücke nicht automatisch. NATO hat in Den Haag einen glaubwürdigen Rahmen geschaffen: 3,5 Prozent für Kernverteidigung und 1,5 Prozent für breitere Sicherheitsinvestitionen bis 2035. Das zwingt europäische Regierungen zu mehr Ernsthaftigkeit. Die entscheidende Frage bleibt jedoch, wofür das Geld ausgegeben wird. Großgeräte allein schaffen keine Kriegstüchtigkeit. Europa braucht Munitionsvorräte, Ersatzteile, Wartung, Drohnenabwehr, Luftverteidigung, Führungsfähigkeit, Cyberverteidigung, Mobilmachungslogistik, geschützte Infrastruktur und Personalmodelle, die im Ernstfall durchhalten.

Strategische Autonomie kann Abschreckung stärken oder schwächen. Als Fähigkeitspaket ist mehr europäische Handlungsfähigkeit sinnvoll. Als politisches Ersatznarrativ für NATO ist sie riskant. Wenn Autonomie bedeutet, dass Europa mehr Munition, Luftverteidigung, schwere Brigaden, Häfen, Schienenkorridore, Sanitätsketten und Resilienz bereitstellt, stärkt sie die Allianz. Wenn Autonomie bedeutet, amerikanische Führung rhetorisch zu relativieren, bevor Europa die Substanz aufgebaut hat, schwächt sie die Abschreckung.

Russland bewertet Lücken, nicht Erklärungen. Moskau muss nicht glauben, dass NATO zerfällt. Es reicht, wenn der Kreml annimmt, dass Entscheidungsprozesse langsam, Budgets instabil, Gesellschaften kriegsmüde und Garantien verhandelbar sind. Solche Annahmen beeinflussen russische Risikobereitschaft. Die wichtigste Frage für die nächsten 24 Monate ist daher nicht, ob Europa in zehn Jahren mehr ausgibt. Sie lautet, ob Russland heute Kosten und Grenzen erkennt.

Aktuelles Lagebild

Der Krieg in der Ukraine hat die alte europäische Sicherheitsordnung nicht nur beschädigt, sondern ihren Konstruktionsfehler offengelegt. Viele europäische Staaten hatten sich an ein System gewöhnt, in dem amerikanische Macht den schlimmsten Fall abdeckte, während nationale Haushalte Friedensdividenden verteilten. Seit 2022 hat sich das geändert, aber ungleichmäßig. Polen, die baltischen Staaten und mehrere nordische Staaten handeln deutlich schneller als große westeuropäische Volkswirtschaften. Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien bleiben politisch und industriell wichtig, aber ihre Fähigkeit, kurzfristig harte militärische Masse zu erzeugen, ist begrenzt.

NATO-Daten und CSIS-Auswertungen zeigen zwar einen deutlichen Anstieg europäischer Verteidigungsausgaben. Alle relevanten europäischen Alliierten bewegen sich in Richtung höherer Budgets. Trotzdem ist der Abstand zur amerikanischen Gesamtleistung groß. Die Vereinigten Staaten stellen weiterhin den mit Abstand größten Anteil an strategischer Reichweite, globaler Präsenz, nuklearer Abschreckung und Hochtechnologie. Europa kann diesen Abstand verringern, wenn es zehn Jahre konsequent investiert. Es kann ihn nicht durch eine politische Formel schließen.

Die Ukraine bleibt der Testfall. Die Front zeigt, dass moderne Kriegsführung gleichzeitig industriell und technologisch ist. Drohnen verändern Taktik, Sichtbarkeit und Überlebensfähigkeit. Artillerie, Luftverteidigung, elektronische Kampfführung, Minen, Befestigungen, Sanität und Ersatzteilketten bleiben trotzdem entscheidend. Wer die Ukraine dauerhaft unterstützen will, braucht nicht nur einzelne Waffenlieferungen, sondern Produktionslinien, Ausbildung, Ersatzteile, Munition, Planbarkeit und politische Rückendeckung. Genau hier ist amerikanische Beteiligung weiterhin zentral.

Zugleich ist die amerikanische Debatte real. In Washington gibt es stärkere Forderungen nach Lastenteilung, nach Force-Posture-Reviews, nach Priorisierung des Indo-Pazifik und nach klarerem Gegenwert für amerikanische Beiträge in Europa. Diese Kritik ist nicht neu, aber sie ist politisch schärfer geworden. Europa kann sie nicht durch moralische Appelle beantworten. Es muss nachweisen, dass es die amerikanische Führungsrolle ergänzt, nicht ausnutzt.

Zentrale Risikomechanismen

1. Abschreckung wird durch Unklarheit untergraben

Abschreckung funktioniert nicht nur durch Fähigkeiten. Sie braucht glaubwürdige Absicht. Wenn Washington, London, Paris, Berlin und Warschau unterschiedliche Signale senden, entsteht Unsicherheit. Russland kann daraus schließen, dass

eine Eskalation unterhalb der formalen NATO-Schwelle mehr Raum hat. Besonders gefährlich sind Grauzonen: Cyberangriffe, Sabotage gegen Infrastruktur, GPS-Störung, Grenzprovokationen, verdeckte Operationen, Migrationsdruck und Angriffe auf Logistikwege, die formal nicht sofort als Kriegshandlung behandelt werden.

Für Unternehmen ist diese Grauzone relevanter als eine klassische Panzeroffensive. Schäden an Unterseekabeln, Bahntrassen, Energieanlagen, Häfen, Rechenzentren oder Satellitennavigation können Geschäftsprozesse stören, ohne dass sofort ein eindeutiger militärischer Konflikt ausgerufen wird. Das macht Frühindikatoren wichtiger: Behördenwarnungen, Versicherungsänderungen, Hafenauflagen, verstärkte Polizeipräsenz, Cyberwarnungen, Luftverkehrsbeschränkungen und lokale Notfallübungen.

2. Europa kauft Zeit, aber nicht automatisch Wirkung

Höhere Budgets sind notwendig. Sie sind aber kein militärischer Output. Europas Beschaffungsprozesse sind langsam, national fragmentiert und oft politisch überladen. Gemeinsame Programme sparen nur dann Zeit, wenn sie klare Anforderungen, schnelle Verträge und industrielle Skalierung liefern. Wenn sie vor allem Verteilungspolitik zwischen Staaten werden, verzögern sie Wirkung.

Die nächsten Jahre werden deshalb von einer gefährlichen Zwischenphase geprägt: mehr Geld ist beschlossen, aber viele Fähigkeiten sind noch nicht einsatzbereit. Diese Lücke betrifft Luftverteidigung, weitreichende Präzisionswirkung, Munition, Drohnenabwehr, Brückenlege- und Pionierfähigkeit, medizinische Ketten, strategischen Transport und Schutz kritischer Infrastruktur. Russland muss diese Lücke nicht dauerhaft ausnutzen. Es reicht, wenn Moskau kurzfristig Druck erzeugt, bevor europäische Programme wirken.

3. Ukraine-Hilfe ist ein industrieller Test

Die Ukraine braucht Planbarkeit. Einzelne Hilfspakete sind wichtig, aber operative Wirkung entsteht durch verlässliche Lieferketten. Wenn Munition, Ersatzteile und Luftverteidigung unregelmäßig eintreffen, muss Kyjiw operative Risiken anders kalkulieren. Gleichzeitig beobachten Russland, China, Iran und Nordkorea, ob westliche Demokratien industrielle Kriegsdauer können. Die Antwort beeinflusst nicht nur die Ukraine, sondern auch Abschreckung in Asien und im Nahen Osten.

Eine glaubwürdige Strategie setzt Russland unter dauerhaften Kostendruck: Sanktionen, Energie- und Technologiebeschränkungen, militärische Unterstützung der Ukraine, industrielle Skalierung und politische Klarheit. Wenn eine dieser Säulen bricht, kann Moskau auf Zeit spielen. Das ist derzeit der zentrale russische Vorteil.

4. Europäische Innenpolitik wird zum Sicherheitsfaktor

Verteidigungsausgaben konkurrieren mit Sozialhaushalten, Infrastruktur, Migration, Energiepreisen und Schuldendebatten. Je länger der Krieg dauert, desto stärker wird die Versuchung, Sicherheitspolitik als Kostenproblem statt als Schutzsystem zu behandeln. Populistische Parteien können diese Spannung nutzen, entweder durch Isolationismus oder durch abstrakte Friedensrhetorik ohne Durchsetzungsmechanismus.

Für die Praxis bedeutet das: Sicherheitsverantwortliche sollten Wahlkalender, Haushaltsentscheidungen und öffentliche Kriegsunterstützung wie operative Indikatoren behandeln. Politische Ermüdung kann Lieferungen verzögern, Sanktionen verwässern und Investitionsentscheidungen verschieben.

5. China bewertet die Allianz mit

Die transatlantische Debatte wird in Peking mitgelesen. Wenn die USA in Europa gebunden bleiben, aber Europa zugleich mehr eigene Last trägt, stärkt das die westliche Gesamtposition. Wenn die USA sich zurückziehen und Europa unfertig autonom werden will, entsteht strategische Entlastung für China. Umgekehrt kann ein stärkerer europäischer Pfeiler Washington helfen, den Indo-Pazifik zu priorisieren, ohne Europa preiszugeben.

Der entscheidende Punkt ist nicht, ob Europa oder Amerika wichtiger ist. Es ist die Kombination: amerikanische Macht plus europäische Masse, Industrie und geografische Tiefe. Diese Kombination bleibt deutlich stärker als jeder einzelne Pfeiler.

Fähigkeitslücken, die nicht durch Rhetorik geschlossen werden

Luftverteidigung und Raketenabwehr. Europa hat zu wenig Systeme, zu wenig Abfangflugkörper und zu geringe industrielle Nachlieferfähigkeit für einen langen Hochintensitätskonflikt. Die Ukraine zeigt, dass Schutz gegen Drohnen, Marschflugkörper und ballistische Systeme kein Randthema ist. Ohne amerikanische Beiträge wird die Priorisierung härter: Schutz von Hauptstädten, Häfen, Flugplätzen, Rüstungsbetrieben und Truppenbewegungen konkurriert mit Schutz ziviler Infrastruktur.

Munition und Ersatzteile. Abschreckung braucht Vorräte. Viele europäische Staaten können Material beschaffen, aber nicht schnell genug verbrauchen und ersetzen. Das betrifft Artilleriemunition, Luftverteidigung, Präzisionswirkung, gepanzerte Fahrzeuge, Drohnen, elektronische Kampfführung und medizinische Verbrauchsgüter. Eine Allianz, die nur im Friedensrhythmus nachbestellt, verliert in einem langen Konflikt politische Handlungsfreiheit.

Strategische Mobilität. Verteidigung der Ostflanke hängt von Schienenkorridoren, Brücken, Häfen, Grenzverfahren, Treibstoff, Schwerlasttransport und rechtlichen Freigaben ab. Diese Schicht ist unspektakulär, aber entscheidend. Russland muss nicht jede Brigade schlagen, wenn es Bewegung, Versorgung oder politische Freigabe verzögert.

Führung und Lagebild. Die USA liefern einen großen Teil der Aufklärungs-, Kommunikations- und Führungsfähigkeit, die NATO im Ernstfall verbindet. Europa kann diese Fähigkeiten ausbauen, aber nationale Systeme müssen interoperabel, geschützt und politisch freigegeben sein. Ohne gemeinsames Lagebild werden schnelle Entscheidungen riskanter.

Frühwarnindikatoren

- Offizielle US-Ankündigungen zu Force-Posture-Reviews, Truppenreduzierung, Verlegung von Luftverteidigung oder veränderten NATO-Finanzierungsbeiträgen.
- Europäische Haushaltsentscheidungen, die das 3,5-Prozent-Kernziel verschieben oder durch nichtmilitärische Posten verwässern.
- Verzögerungen bei Munitions-, Luftverteidigungs-, Drohnenabwehr- und Pionierprogrammen.
- Russische Sabotage-, Cyber- oder Einflussoperationen gegen europäische Infrastruktur unterhalb der offenen Kriegsschwelle.
- Neue russische Offensivschwerpunkte gegen ukrainische Energie-, Bahn-, Hafen- oder Rüstungsinfrastruktur.
- Politische Signale aus Washington, die Ukraine-Garantien, NATO-Beistand oder Sanktionen relativieren.
- Europäische Debatten, die strategische Autonomie als Ersatz für NATO statt als Fähigkeitsaufbau definieren.
- Versicherungsausschlüsse, Hafenaufgaben, Luftverkehrsbeschränkungen oder Behördenwarnungen in Ostsee-, Schwarzmeer- oder Ostflankenstaaten.

Implikationen für Organisationen

Organisationen mit Europa-, Ukraine- oder Ostflankenbezug sollten ihre Planung nicht auf ein stabiles politisches Basisszenario stützen. Die wahrscheinlichere Lage ist eine lange Phase erhöhter Reibung: Russland testet Grenzen, Europa baut Fähigkeiten auf, die USA verlangen mehr Lastenteilung, und Unternehmen müssen mit wechselnden Behördenvorgaben umgehen. Das betrifft nicht nur Sicherheitsabteilungen. Es betrifft Lieferketten, Versicherungen, Standorte, Personalreisen, Kommunikation, Datenverfügbarkeit und Krisenführung.

Für Standorte in Polen, Baltikum, Finnland, Rumänien, Deutschland, Tschechien, Slowakei und Schwarzmeer-nahen Räumen sollte kritische Infrastruktur neu priorisiert werden: Energieversorgung, Notstrom, Kommunikationsredundanz, physische Zutrittskontrolle, Lieferantenabhängigkeit und Evakuierungslogik. Für Ukraine-nahe Aktivitäten zählt vor allem Planbarkeit: Wer Mitarbeitende, Partner oder Hilfsstrukturen unterstützt, braucht robuste Entscheidungsregeln für Luftalarm, Stromausfall, Grenzwartezeiten, medizinische Evakuierung und lokale Transportfähigkeit.

Für Vorstände und Eigentümer liegt das Hauptrisiko in falscher Normalisierung. Die Tatsache, dass NATO weiter funktioniert, bedeutet nicht, dass die Risikoumgebung stabil ist. Die Allianz bleibt stark, aber ihre politische und industrielle Belastung nimmt zu. Organisationen sollten deshalb nicht auf den großen Bruch warten. Sie sollten kleine Veränderungen ernst nehmen, weil moderne Sicherheitskrisen schrittweise in Geschäftsprozesse eindringen.

Empfohlene Maßnahmen

- 1. Bündnisrisiko in die Unternehmensplanung aufnehmen.** Unternehmen sollten eine einfache Matrix erstellen: Was passiert bei verzögerter US-Unterstützung für die Ukraine, bei russischen Infrastrukturangriffen nahe eigener Lieferketten, bei NATO-Force-Posture-Änderungen oder bei neuen Sanktionen? Jede Annahme braucht einen Verantwortlichen und einen Trigger.
- 2. Ostflanken- und Ukraine-Bezug separat bewerten.** Ein allgemeines Europa-Rating reicht nicht. Polen, Baltikum, Finnland, Rumänien, Deutschland, Tschechien, Slowakei, Schwarzmeerlogistik und Ukraine-nahe Aktivitäten haben unterschiedliche Exponierung. Reise-, Lieferketten- und Standortfreigaben sollten diese Unterschiede abbilden.
- 3. Kritische Dienstleister prüfen.** Sicherheitsfirmen, Fahrer, Hotels, IT-Dienstleister, Logistikpartner und medizinische Anbieter sollten auf Krisenfähigkeit geprüft werden. Entscheidend ist nicht die Broschüre, sondern ob sie bei Stromausfall, Grenzstau, Mobilfunkstörung oder Behördenauflage liefern können.
- 4. Cyber- und physische Sicherheit verbinden.** Russische und russlandnahe Aktivitäten laufen nicht nur militärisch. Phishing, Sabotage, Störung, Datenabfluss und Desinformation können dieselbe Organisation treffen, die gleichzeitig Personalbewegungen oder Lieferungen steuert. Krisenstäbe sollten Cyber- und Standortlage zusammenführen.
- 5. Kommunikation vorformulieren.** Organisationen sollten intern klären, wer bei Eskalation spricht, welche Lagebegriffe verwendet werden, wann Reisen pausieren und wie Mitarbeitende informiert werden. Unklare Sprache erzeugt Verzögerung.

Szenarien für die nächsten 12 bis 24 Monate

Szenario 1: Gestärkte NATO mit amerikanischer Führung und europäischer Zusatzmasse. Dies ist das günstigste realistische Szenario. Die USA bleiben Führungsmacht, Europa erhöht Ausgaben, Beschaffung und industrielle Produktion, und die Ukraine erhält planbare Unterstützung. In diesem Fall steigt Abschreckung, auch wenn die Front in der Ukraine schwierig bleibt. Für Unternehmen bedeutet dies keine Rückkehr zur alten Normalität, aber eine kalkulierbarere Risikoumgebung. Investitionen in Resilienz, Standortschutz und Lieferketten können dann unter stabileren Annahmen geplant werden.

Szenario 2: Formale Bündniskontinuität mit politischer Unsicherheit. NATO bleibt intakt, aber Washington prüft Truppen, Basen und Beiträge härter; Europa beschließt mehr, liefert aber langsamer; Russland testet Grauzonen. Dies ist das wahrscheinlichste Szenario. Es erzeugt keine große Systemkrise, aber viele kleine Betriebsstörungen. Für Organisationen sind dann lokale Trigger wichtiger als strategische Erklärungen: Cyberwarnungen, Sabotagehinweise, Hafenaufgaben, Reisehinweise, Versicherungsbedingungen und Beschaffungsverzögerungen.

Szenario 3: Europäische Autonomierhetorik ohne ausreichende Substanz. Europa spricht stärker von Eigenständigkeit, kann aber die amerikanischen Funktionen nicht ersetzen. Russland und China lesen dies als westliche Fragmentierung. Dieses Szenario erhöht die Gefahr von Fehlkalkulation. Es muss nicht zu einem direkten Angriff auf NATO-Gebiet führen.

Wahrscheinlicher sind Druckpunkte unterhalb der Schwelle: Ostsee, Schwarzmeerlogistik, Unterseekabel, Energieanlagen, Desinformation, Einflussoperationen und gezielte Einschüchterung von Grenzstaaten.

Szenario 4: Amerikanische Priorisierung des Indo-Pazifik bei unzureichender europäischer Kompensation.

Washington verlagert Aufmerksamkeit und Fähigkeiten stärker Richtung China, während Europa erst im Aufbau ist. Das wäre nicht automatisch ein Bruch der Allianz, aber ein Abschreckungsproblem. Europäische Staaten müssten schneller Munition, Luftverteidigung, Drohnenabwehr, Mobilität und kritische Infrastruktur schützen. Unternehmen sollten in diesem Fall mit stärkerer nationaler Fragmentierung bei Sicherheitsvorgaben rechnen.

Entscheidungslogik für Sicherheitsverantwortliche

Die wichtigste Führungsfrage lautet nicht, ob der transatlantische Bruch kommt. Sie lautet, wie viel Reibung eine Organisation verkraftet, bevor sie Reisen, Standorte oder Lieferketten neu bewertet. Ein gutes System definiert Schwellenwerte vor der Krise. Dazu gehören politische, militärische, infrastrukturelle und geschäftliche Trigger.

Auf politischer Ebene zählen offizielle US- und NATO-Signale mehr als Medienkommentare. Eine angekündigte Verlagerung von Luftverteidigung, eine Verzögerung bei Ukraine-Hilfen, ein neuer Streit über Beiträge oder eine formale Force-Posture-Prüfung haben unmittelbaren Planungswert. Auf militärischer Ebene zählen russische Aktivitäten gegen Energie, Häfen, Eisenbahn, Satellitennavigation und Grenzümgebungen. Auf infrastruktureller Ebene zählen Störungen bei Unterseekabeln, Stromnetzen, Bahntrassen, Logistikterminals und Rechenzentren. Auf geschäftlicher Ebene zählen Versicherungsänderungen, Bankprüfungen, Lieferverzögerungen, Reiseverbote und lokale Behördenauflagen.

Organisationen sollten diese Trigger nicht in einer allgemeinen Risikomatrix verstecken. Sie sollten konkrete Entscheidungen damit verbinden: Wer darf reisen? Welche Standorte werden auf Notbetrieb gesetzt? Welche Lieferanten brauchen Alternativen? Wann wird lokale Bewachung erhöht? Wann werden Familienangehörige aus einem Standort abgezogen? Wann wird eine Vorstandssitzung verlegt? Diese Entscheidungen wirken banal, sind aber in einer politischen Zwischenlage der Unterschied zwischen kontrollierter Anpassung und improvisierter Krisenreaktion.

Ausgewählte Quellen

- NATO, The Hague Summit Declaration, 25 June 2025.
- NATO, Defence investment and NATO's 5% commitment, updated 29 June 2026.
- CSIS, What Does NATO Defense Spending Look Like Heading into the Ankara Summit?, 6 July 2026.
- NATO Secretary General Annual Report 2025, defence expenditure and capability data.
- Institute for the Study of War, Russian Offensive Campaign Assessments, August 2026.
- The Kyiv Independent, reporting on Ukraine front-line conditions and European defence debate, August 2026.
- U.S. and Allied public statements on support to Ukraine, NATO deterrence and defence investment.

Methodische Notiz

This report is based on open-source material reviewed up to 19 August 2026 and analytical assessment by SF Custos Global. It does not replace legal, insurance, sanctions, medical or country-specific professional advice.